

## RESSORTBERICHT

**Ressortinhaber: Regierungsrat Dr. Martin Meyer**

*Das Ressort Gesundheit konnte im Berichtsjahr einige wesentliche Gesetzesvorlagen umsetzen, welche sich auf das Liechtensteinische Gesundheitswesen auswirken. Dabei standen vor allem die Totalrevision des Sanitätsgesetzes (neu Gesundheitsgesetz) sowie das Tabakpräventionsgesetz im Mittelpunkt, welche in der Dezembersitzung des Landtags verabschiedet wurden. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt bildete die Umsetzung der Gesundheitsförderungskampagne «bewusst(er)leben», welche unter dem Themenschwerpunkt Bewegung viele Akzente zur Sensibilisierung setzen konnte. Ein Höhepunkt bildete dabei der erste Familienwandertag, der über 4000 Personen nach Malbun lockte. Im Berichtsjahr konnten diverse Arbeiten für die Weiterentwicklung des Liechtensteinischen Gesundheitswesens vorangetrieben werden. So setzte die Regierung unter anderem eine interdisziplinäre Steuerungsgruppe zur Weiterentwicklung des Liechtensteinischen Gesundheitswesens ein. Weitere Aufgabenschwerpunkte bildeten die weiterführenden Arbeiten zum Liechtensteinischen Landesspital, diverse Anpassungen im Krankenversicherungsbereich sowie die Arbeiten zum Abschluss neuer Spitalvereinbarungen.*

### Regionale / internationale Beziehungen

Das Ressort Gesundheit konnte die guten Beziehungen zu den Ostschweizer Gesundheitsdirektoren weiterführen und pflegte den regelmässigen Erfahrungsaustausch mit den Schweizer Nachbarn.

Um die regionale Zusammenarbeit im Spitalwesen auszubauen, wurde im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem benachbarten Kanton St. Gallen ein Pilotprojekt initiiert. Seit 2006 ist es in der Schweiz möglich, Pilotprojekte durchzuführen, die es im Grenzgebiet wohnhaften Personen erlauben, Leistungen benachbarter ausländischer Spitäler in Anspruch zu nehmen. Ein Beispiel eines solchen Pilotprojekts ist die Kooperation zwischen dem Kanton Basel Stadt und dem Landkreis Lörrach. Das Ressort Gesundheit und das Gesundheitsdepartement des Kantons St. Gallen unterstützten die Bestrebungen, ein solches Pilotprojekt ebenfalls zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Kanton St. Gallen durchzuführen. Nach der Genehmigung des Projektes durch die beiden Regierungen und durch den Verband der Schweizer Krankenversicherungen Santessuisse wurde das Projekt beim Eidgenössischen Departement des Inneren zur Genehmigung eingereicht.

Die Beziehungen zum Nachbarland und Partner Österreich konnten intensiviert und ausgebaut werden. Dies wurde durch die gegenseitigen Besuche von Regierungsrat Dr. Meyer bei seiner Amtskollegin Bundesministerin Dr. Andrea Kdolsky in Wien sowie deren Besuch in Liechtenstein unterstrichen. Die Besuche wurden für

einen intensiven Erfahrungsaustausch sowie für die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (MoU) zum Ausbau des Informationsaustausches im Bereich Prävention genutzt. Im Rahmen der Umsetzung des MoU sind gegenseitige Besuche von Gesundheitsexperten beider Länder im Rahmen eines Erfahrungsaustausches geplant.

Zwecks Abschluss eines Vertrages, der als Basis für die künftige Zusammenarbeit von liechtensteinischen und schweizerischen Stellen im Bereich Strahlenschutz dienen soll, nahmen Mitarbeiter des Ressorts Gesundheit sowie des Amtes für Gesundheit im Berichtsjahr an zwei Treffen mit Vertretern beider Länder teil.

### Gesetzgebung / Parlamentarische Projekte

#### Gesundheitsgesetz

Mit der Verabschiedung der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes durch den Landtag konnte ein umfassendes Revisionsprojekt umgesetzt werden. Die Revision hatte diverse Anpassungen weiterer Gesetze zur Folge. Mit der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes werden neu die Gesundheitsberufe einheitlich geregelt. Weiters wurden folgende Gesundheitsberufe in das Gesetz aufgenommen: Dentalhygieniker, Logopäde, Naturheilpraktiker und Osteopath. Zudem wurden die Einrichtungen des Gesundheitswesens neu konkretisiert. Das Gesundheitsgesetz legt einen Schwerpunkt auf die Gesundheitsförderung und Prävention.

#### Tabakpräventionsgesetz

Mit der Schaffung eines Gesetzes über den Nichtraucherschutz und die Werbung für Tabakerzeugnisse wurde ein grosser Schritt in Richtung Tabakprävention und Schutz vor den schädlichen Auswirkungen des Passivrauchens getätigt. Die mit einer Postulatsbeantwortung initiierte Gesetzesvorlage wurde im Februar 2007 in die Vernehmlassung geschickt. Im Oktoberlandtag 2007 wurde die durch die diversen eingegangenen Stellungnahmen überarbeitete Vorlage in erster Lesung behandelt. Der grösste Teil der Vorlage war dabei unbestritten, die Regelung für die Gastronomie jedoch wurde intensiv diskutiert. In der letzten Sitzung des Jahres, am 13. Dezember 2007, verabschiedete der Landtag das Tabakpräventionsgesetz.

#### KVG

Am 15. November 2007 wurde von der Regierung der Bericht und Antrag zu einer KVG Teilrevision verabschiedet. In der im Dezemberlandtag in erster Lesung behandelten Vorlage geht es um eine flexiblere Gestaltung der Bedarfsplanung. Neu sollen die Liechtensteinische Ärztekammer und der Liechtensteinische Krankenkassenverband die Reihungskriterien für Bewerber einer Stelle der Bedarfsplanung in einer Vereinbarung regeln. Bisher legte die Regierung die Kriterien in Form einer Verordnung fest.

## **Interpellationsbeantwortung zur Zukunft des Liechtensteinischen Landesspitals**

Im Oktober wurde die Interpellationsbeantwortung zur Zukunft des Liechtensteinischen Landesspitals zu Händen des Landtags verabschiedet. Dabei äusserte sich die Regierung durchwegs positiv zur zukünftigen Entwicklung und stellte sich im Rahmen der Souveränität Liechtensteins hinter ein eigenes Liechtensteinisches Landesspital.

## **Gesundheitsförderung/Prävention**

### **Regierungskampagne «bewusst(er)leben»**

Die mit der Startveranstaltung Mitte 2006 initiierte Gesundheitsförderungskampagne der Regierung «bewusst(er)leben» wurde im Berichtjahr fortgeführt. Das Jahr 2007 stand unter dem Themenschwerpunkt Bewegung. Zahlreiche Veranstaltungen im Rahmen des Themenschwerpunktes wurden durchgeführt, darunter unter anderem eine Teilnahme am «SlowUp 2007», wobei die Kampagne mit einem eigenen Stand vertreten war, eine Aktivwoche für Senioren zum Thema Bewegung sowie ein Bewegungsprojekt für Kinder mit dem Titel «Nordic-Fun». Den Höhepunkt des Schwerpunktjahres Bewegung bildete der erste Liechtensteinische Familienwandertag, der über 4000 Besucher in das Naherholungsgebiet Malbun lockte.

Mit einer Auftaktveranstaltung, in der die heimischen Gastronomen ihr Können im Rahmen einer Kochshow unter Beweis stellten, wurde die zweite Phase der Kampagne mit dem Themenschwerpunkt Ernährung eingeleitet. Weitere Projekte zum Themenschwerpunkt waren die «Mini Köche» wobei Kinder bei Liechtensteinischen Gastronomen in die Küche schauen und mitkochen durften und es gab eine «Krömlebackaktion» für einen guten Zweck. Zudem wurde die Planung für das kommende Jahr vorgenommen.

### **Betriebliche Gesundheitsförderung**

Im Frühjahr 2007 lud das Ressort Gesundheit zu einer Tagung zum Thema Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) ein. Die vom Amt für Gesundheit organisierte Veranstaltung bot diversen Experten aus dem In- und Ausland eine Plattform für einen Erfahrungsaustausch. Im Zuge der Tagung bildete sich der Konsens, diese nicht isoliert als Einzelveranstaltung zu sehen, sondern als Initialzündung für eine weiterführende BGF-Strategie in Liechtenstein. Das Ressort Gesundheit nahm das Anliegen auf und liess eine aus den beteiligten Institutionen und Verbänden zusammengesetzte Steuerungsgruppe Betriebliche Gesundheitsförderung einsetzen. Im Rahmen ihrer Aufgaben soll die Steuerungsgruppe Leitlinien für eine umfassende und gesamtheitliche Weiterentwicklung der Betrieblichen Gesundheitsförderung in Liechtenstein erarbeiten.

## **Vorsorge Neu**

Das Berichtsjahr 2007 stand im Zeichen des 30-jährigen Jubiläums der Vorsorgeuntersuchung. Mit der Schaffung der Sozial- und Präventivmedizinischen Dienststelle wurde im Jahr 1977 vor 30 Jahren die Vorsorge für Erwachsene eingeführt. Das Jubiläum war indes auch Anlass für die Ausweitung und Anpassung des Vorsorgeprogramms an neuste Erkenntnisse im Bereich der Vorsorge. Die Implementierung des neuen Vorsorgekonzeptes wurde im Berichtjahr vorgenommen, so dass das neue Programm am 1. Januar 2008 starten konnte.

## **Organisatorisches / Amtsstellen**

### **Neuorganisation des Amtes für Gesundheit**

Um die Aufgaben des Liechtensteinischen Gesundheitswesens im Amt für Gesundheit zu konzentrieren, wurden diverse Fachbereiche, welche in anderen Amtsstellen eingegliedert waren, neu ins Amt für Gesundheit integriert: die Abteilung Sozialversicherungen aus dem Amt für Volkswirtschaft, die Heilmittelkontrolle aus dem Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen und die Schulzahnpflege aus dem Schulamt.

### **Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen**

Bei der Untersuchung von Nicht-Lebensmitteln lag der Schwerpunkt auf der Analyse von Legionellen im Duschwasser von Altersheimen, Spital und Turnhallen. Die Ergebnisse zeigten, dass diese Thematik weiterhin im Auge zu behalten ist.

Im Veterinärwesen wurden die Ausbrüche der Maul- und Klauenseuche ungleich stärker als Bedrohung wahrgenommen als die beständige Ausbreitung der Blauzungkrankheit, welche die Viehbestände konkret gefährdet. Die Überträgermücke der Seuche wurde längst als in Liechtenstein heimisch nachgewiesen. Noch zeigte die Überwachung der liechtensteinischen Bestände keine Infektion. Information und Aufklärung der Nutztierhalter wurde intensiv betrieben. Im zweiten Semester des Berichtsjahres wurden die Rinderhalter auf die im kommenden Jahr startende Ausrottung der BVD, einer viralen Infektionskrankheit beim Rind, vorbereitet. Umfangreiche Vorkehrungen zur Probenerhebung, Diagnostik, Kennzeichnung, Datenverwaltung, Ausmerzungen und Kontrolle wurden getroffen.

Der Vollzug des Hundegesetzes gestaltete sich besonders bezüglich der Erfassung grundlegender Daten als sehr aufwändig. Die grosse Mehrheit der Hundehalter zeigte sich diszipliniert.

Die formale Beurteilung Liechtensteins in Bezug auf dessen BSE-Status durch die Generaldirektion Gesundheit der Europäischen Kommission führte zum OIE-Beitritt Liechtensteins und bedingte die zeitgleiche Einreichung eines umfangreichen Dossiers zur BSE-Klassifizierung.

Im Betäubungsmittelbereich wurden zwei Bewilligungen zur Verwendung von Marinol erteilt.

**Tierschutzbeauftragter**

Dem von der Regierung gemäss Art. 18a des Tierschutzgesetzes bestellten Tierschutzbeauftragten Mag. med. vet. Martin Hilti, Schaan, obliegt neben der Beratung von Tierhaltern sowie der Information der Öffentlichkeit auch die Unterstützung des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen. Der Tierschutzbeauftragte erwähnt in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 2007 die gute Zusammenarbeit mit diesem Amt.

**Umstrukturierung der Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention**

Eine weitere Umstrukturierung wurde unter Federführung des Ressorts Gesundheit bei der Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention (fa6) vorgenommen. Die bis anhin als Spezialfall der Landesverwaltung angegliederte Fachstelle, welche sich aus der Aidshilfe Liechtenstein entwickelt hat, wurde in eine Stiftung verselbständigt. Die neue Organisationsform ermöglicht es der fa6 mit einem unabhängigen Auftritt besser auf die Zielgruppen zugehen zu können und unter anderem auch Spendengelder zu akquirieren. Damit die fa6 ihren Auftrag weiterhin uneingeschränkt wahrnehmen kann, wurde zwischen dem Amt für Gesundheit und der Stiftung fa6 eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, welche die bisherigen Dienstleistungen der Fachstelle vertraglich regelt.

**Kommissionen und Arbeitsgruppen****Steuerungsgruppe Weiterentwicklung des Gesundheitswesens**

Im Zuge der vom Ressort Gesundheit durchgeführten Round Table Gespräche setzte die Regierung auf Antrag des Ressorts Gesundheit eine interdisziplinäre Steuerungsgruppe zur Weiterentwicklung des liechtensteinischen Gesundheitswesens ein. Es ist dem Ressort Gesundheit gelungen, eine ausgewogene Besetzung der Steuerungsgruppe mit allen wichtigen Vertretern aus dem Gesundheitswesen zu finden. Weiters konnte mit Mag. Christoph Hörhan, dem Leiter des Fonds Gesundes Österreich, ein kompetenter Experte für die Moderation der Steuerungsgruppe gewonnen werden. Die Arbeitsgruppe hat sich im Berichtsjahr zu 3 Sitzungen getroffen, wobei in einem ersten Schritt vier Themenfelder erarbeitet wurden.

**Neubesetzung der Kosten- und Qualitätskommission**

Im Frühjahr 2007 wurde die Kosten- und Qualitätskommission, welche die Regierung bei den Entscheidungen über die Festlegung und die Überprüfung der Kostenziele im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung berät, neu bestellt. Die neue Kosten- und Qualitätskommission traf sich in der neuen Zusammensetzung erstmals im Mai 2007.

**Spitalbeiträge des Landes**

	Rechnung 2007			Rechnung 2006			Rechnung 2005			Rechnung 2004			Rechnung 2003			Rechnung 2002		
	Anzahl Tage	Beitrag CHF		Anzahl Tage	Beitrag CHF		Anzahl Tage	Beitrag CHF		Anzahl Tage	Beitrag CHF		Anzahl Tage	Beitrag CHF		Anzahl Tage	Beitrag CHF	
<b>St. Gallen</b>																		
St. Gallen - Allg. Abteilung	1 626	1 193 721		1 462	1 021 966		1 674	998 649		2 190	1 381 866		1 881	1 280 831		1 469	915 481	
St. Gallen - Privat/Halbprivat	2 658	1 350 227		2 331	1 058 833		2 696	1 291 837		3 146	1 319 283		3 412	984 367		2 969	597 696	
Zwischen total SG	4 284	2 543 948		3 793	2 080 799		4 370	2 290 486		5 336	2 701 149		5 293	2 265 198		4 438	1 513 177	
Grabs - Allg. Abteilung	3 838	1 745 005		4 187	1 785 119		3 574	1 691 144		4 247	1 897 635		3 478	1 824 122		3 786	1 771 659	
Grabs - Privat/Halbprivat	6 035	2 178 678		6 371	2 108 458		6 473	2 121 682		6 977	2 061 037		5 815	1 349 209		6 446	1 013 585	
Zwischen total Grabs	9 873	3 923 683		10 558	3 893 577		10 047	3 812 826		11 224	3 958 672		9 293	3 173 331		10 232	2 785 244	
Walensdorf - Allg. Abteilung	226	106 707		81	54 471		214	104 670		353	180 137		158	82 839		144	67 385	
Walensdorf - Privat/Halbprivat	103	44 305		79	32 863		111	43 934		99	44 401		128	45 704		226	36 802	
Zwischen total Walensdorf	329	151 012		160	87 334		325	148 604		452	224 538		286	128 543		370	104 187	
Ostschweiz. Kinderspital St.Gallen <sup>3)</sup>	532	461 760		645	296 645		242	403 988		378	303 085		328	473 447		468	309 076	
Valens	1 828	169 246		2 408	221 364		2 419	222 352		3 638	414 468		1 684	256 830		1 362	172 408	
Rehabilitationszentrum Lutzenberg <sup>2)</sup>	278	14 861		0	3 769		103	4 551		226	35 765		93	18 608		93	37 769	
<b>Total St. Gallen</b>	17 124	7 264 510		17 564	6 583 487		17 506	6 882 807		21 254	7 637 677		16 977	6 315 957		16 963	4 921 861	
Kantonsspital Graubünden	2 081	1 467 836		2 200	1 528 071		1 989	1 177 323		2 121	1 191 711		3 699	1 234 933		2 788	934 275	
<b>Total Graubünden</b>	2 081	1 467 836		2 200	1 528 071		1 989	1 177 323		2 121	1 191 711		3 699	1 234 933		2 788	934 275	
<b>Vorarlberg</b>																		
Landeskrankenhaus Feldkirch	3 053	1 269 148		3 632	1 318 639		5 002	1 885 100		4 263	1 518 934		4 533	1 637 687		3 999	1 630 403	
Landesnervenkrankehaus Valduna	1 322	351 446		1 828	454 972		1 203	264 405		1 224	286 915		1 119	309 824		1 669	387 494	
Stiftung Maria Ebene, Frastanz <sup>2)</sup>	94	6 445		644	50 881		469	33 216		75	4 692		469	28 150		926	55 238	
<b>Total Vorarlberg</b>	4 469	1 627 038		6 104	1 824 492		6 674	2 182 721		5 562	1 810 542		6 121	1 975 662		6 594	2 073 135	
<b>Liechtenstein</b>																		
Liecht. Landesspital Vaduz <sup>4)</sup>	23 988	6 591 225		25 072	6 343 259		24 762	6 227 401		24 201	6 245 358		23 494	5 665 356		26 904	6 039 601	
<b>TOTAL</b>	<b>47 662</b>	<b>16 950 610</b>		<b>50 940</b>	<b>16 279 309</b>		<b>50 931</b>	<b>16 470 252</b>		<b>53 138</b>	<b>16 885 288</b>		<b>50 291</b>	<b>15 191 907</b>		<b>53 249</b>	<b>13 968 872</b>	

<sup>1)</sup> Per 01.01.2006 Kantonsspital Graubünden vorher Fontana Frauenspital, Kreuzspital, Rätisches Kantonsspital Chur

<sup>2)</sup> Institutionen im sozialen Bereich (Suchttherapie)

<sup>3)</sup> sämtliche stationären FL Patienten / Defizitbeteiligung, da Mitträgerschaft durch den Staat

<sup>4)</sup> alle stationären Patienten

## AMTSSTELLEN

### Amt für Gesundheit

**Amtsleiter: Peter Gstöhl**

*Aus Sicht des Amtes war das Berichtsjahr geprägt von vielschichtigen organisatorischen Änderungen infolge der Übertragung neuer bedeutender Aufgabenbereiche. Es konnten wesentliche Gesetze in Vernehmlassung geschickt bzw. in Kraft gesetzt und wichtige Verordnungen oder Verordnungsanpassungen der Regierung zur Verabschiedung vorgelegt werden. Die Gesundheitsförderungskampagne konnte erfolgreich fortgesetzt, und die Überarbeitung der Vorsorgeuntersuchungen konnte mit einem modernen, wissenschaftlich fundierten Untersuchungsprogramm abgeschlossen werden.*

#### Allgemeines

##### Amtsorganisation

Im Regierungsprogramm 2005 – 2009 ist ausgeführt, dass die Aufgaben im Gesundheitswesen beim Amt für Gesundheit zu konzentrieren seien. Im Rahmen dieser Zielsetzung wurden im Verlauf des Jahres 2007 folgende Aufgabenbereiche ins Amt für Gesundheit integriert:

- Die Sozialversicherungen aus dem Amt für Volkswirtschaft.
- Die Heilmittelkontrolle aus dem Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen.
- Die Schulzahnpflege aus dem Schulamt.

Das Amt für Gesundheit wies per Ende des Berichtsjahres – inkl. zwei Aushilfsstellen – einen Personalbestand von 17 Personen mit insgesamt 1400 Stellenprozenten auf.

##### Weiterentwicklung Gesundheitssystem

Veranlasst durch die Ergebnisse der vom Ressort Gesundheit durchgeführten Round-Table-Gespräche setzte die Regierung eine Steuerungsgruppe «Weiterentwicklung Gesundheitssystem» ein. Die Steuerungsgruppe erhielt den Auftrag, das heutige Gesundheitssystem zu überprüfen und allfälligen Handlungsbedarf zu ermitteln. Die Leitung der Steuerungsgruppe obliegt dem Leiter des Amtes für Gesundheit. Weiters sind in der Steuerungsgruppe vertreten:

- Ressort Gesundheit
- 2 Vertreter/innen des Dachverbandes von Berufen der Gesundheitspflege
- 3 externe Experten

Im Jahr 2007 fanden 3 Sitzungen statt, an denen zunächst die Schwerpunktthemen definiert und diese dann vertieft analysiert und diskutiert wurden.

##### Elektronisches Gesundheitsnetz

Im Jahr 2007 wurde in einem ersten Projekt die Ausrichtung des Datenpools des Liechtensteinischen Krankenkassenverbandes geprüft und neu verabschiedet. Eine unabhängige Prüfung in Form eines IT-Audits bestätigte die Integrität des Datenpools im Hinblick auf Vollständigkeit und Richtigkeit der darin enthaltenen Informationen.

In einem zweiten Projekt wurden die Möglichkeiten der Zustellung einer Kopie der Arztrechnung an die Patienten beleuchtet. Ziel ist es, die Versicherten durch die Zustellung der Rechnungskopie für die Kosten im Gesundheitswesen zu sensibilisieren. Dieses Projekt wird im Jahr 2008 in eine Pilotphase gehen.

Schliesslich wurden in einem dritten Bereich erste Kontakte zum europäischen Projekt Netc@rds geknüpft, mit welchem der Einsatz der europäischen Versichertenkarte gefördert werden soll.

##### Spitalwesen

Im Bereich des Spitalwesens, das im Berichtsjahr dem Aufgabenbereich des Amtes für Gesundheit zugeordnet wurde, wurden einerseits Spitalverträge überprüft und angepasst, aber andererseits auch neue Verträge abgeschlossen. Der Abschluss eines Vertrages zur Sicherstellung der Versorgung auch im Bereich der Spitzenmedizin und der Transplantation wurde weitgehend vorbereitet.

Daneben wurden im Rahmen der vom Amt geleiteten Spitalarbeitsgruppe Vorschläge zur Spitalpolitik generell, aber auch speziell betreffend den Leistungsauftrag des Landesspitals erarbeitet.

##### Veröffentlichungen / Publikationen

Gestützt auf die Verordnung über die Kostenziele und Qualitätssicherung wurden erstmals die Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung im Rahmen des vom schweizerischen Bundesamt für Gesundheit durchgeführten Kostenmonitorings im Internet für die Öffentlichkeit einsehbar veröffentlicht. Dies ist eine transparente Möglichkeit, die Kostenentwicklung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in Liechtenstein mit derjenigen in der Schweiz bzw. in Schweizer Kantonen zu vergleichen.

Das Amt konnte eine interessante Studie zum Übergewicht von Kindern in Liechtenstein veröffentlichen. Dazu wurden die BMI-Daten der ärztlichen Kindervorsorgeuntersuchungen der Jahre 2004 und 2006 ausgewertet. Als Ergebnis konnte erstmalig eine aktuelle Übersicht zum Vorherrschen von Übergewicht und Fettleibigkeit bei liechtensteinischen Kindern im Alter von 5, 10 und 14 Jahren vorgelegt werden.

Weitere Veröffentlichungen:

- Bericht zu den Kosten und zur Finanzierung der Krankenversicherung 2006;
- Prämienverbilligung für einkommensschwache Versicherte – Abschlussbericht 2006;
- Jahresbericht EWR-Verbindungsstelle.

## **Leistungsvereinbarungen**

Bezüglich dem jährlichen Landesbeitrag an den Krankenkassenverband (LKV) für die Verfügungstellung und Auswertung von Daten aus dem LKV-Datenpool, sowie für die Vergütung der vom LKV erbrachten Leistungen gemäss Krankenversicherungsgesetz, wurden im Berichtsjahr zwischen Amt für Gesundheit und LKV zwei Leistungsvereinbarungen mit klar festgelegten Zielen ausgehandelt.

Eine weitere vom Amt für Gesundheit erarbeitete Leistungsvereinbarung betrifft den polizeiärztlichen Notfalldienst. Vertragspartner sind die Ärztekammer, die Landespolizei sowie das Amt für Gesundheit.

Die Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention wurde aus der Landesverwaltung ausgegliedert. Ihre Aufgaben wurden organisatorisch von der neu gegründeten «Stiftung Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention» übernommen. Das Amt erarbeitete eine Leistungsvereinbarung mit der Stiftung im bisherigen Leistungsumfang der Fachstelle.

## **Neugestaltung der Vorsorgeuntersuchung**

Ab 1. Januar 2008 wird die Vorsorgeuntersuchung mit einem überarbeiteten Inhalt angeboten. Das neue Programm wurde in Zusammenarbeit zwischen der Liechtensteinischen Ärztekammer und dem Amt für Gesundheit nach längerer Vorarbeit im Berichtsjahr abschliessend gestaltet. Als Rahmen war schon von Beginn weg festgelegt worden:

- Im Zentrum steht eine Gesundheitsberatung.
- Die Untersuchungen müssen das Evidenzkriterium erfüllen.

In der im Jahr 2005 in Österreich eingeführten «Vorsorge-Neu» konnte eine Lösung gefunden werden, die nur noch leichte Anpassungen an die hiesigen Verhältnisse benötigte. «Vorsorge-Neu» ist durch die zur Zeit zumindest im europäischen Raum umfangreichste wissenschaftliche Studie entstanden. Mit dem Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger konnte eine sehr entgegenkommende Lösung gefunden werden, um das Produkt zu nutzen. Die konkreten inhaltlichen Ziele des überarbeiteten Programms sind:

- Reduktion von Risikofaktoren von Erkrankungen des Herzens und der Blutgefässe sowie von Stoffwechselerkrankungen;
- Prävention von Suchterkrankungen bei Tabak- und Alkoholkonsum;
- Prävention von Krebserkrankungen;
- Prävention häufiger Erkrankungen des höheren Alters (ab 65 Jahre).

## **Recht**

### **Gesundheitsgesetz**

Bis im Januar des Berichtsjahres konnten alle interessierten Institutionen und Verbände zum Entwurf des total revidierten Gesetzes über das Gesundheitswesen Stellung

nehmen. Zahlreiche Interessensgruppen machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Mit der Revision sollte u. a. eine Modernisierung und homogene Ausgestaltung des geltenden Berufsrechts der Gesundheitsberufe erzielt werden. Neu in das Gesundheitsgesetz aufgenommen wurden die Berufe Dentalhygieniker, Logopäden, Naturheilpraktiker und Osteopathen.

Neben einer Vereinheitlichung des Berufsrechts wurden im Gesundheitsgesetz die Einrichtungen des Gesundheitswesens, die Organentnahmen von Verstorbenen sowie die Schaffung eines Krebsregisters neu geregelt. Ein weiterer Schwerpunkt der Revision betraf die Umsetzung der neuen Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Schliesslich kommt mit diesem Gesetz der Gesundheitsförderung und Prävention eine noch grössere Bedeutung als bisher zu.

Das Gesundheitsgesetz konnte nach einer ersten Lesung im Oktober am 13. Dezember des Berichtsjahres vom Landtag verabschiedet werden. Es tritt mitsamt einer neuen Gesundheitsverordnung am 1. Februar 2008 in Kraft.

### **Ärztegesetz**

Im Berichtsjahr konnten in einer gemeinsamen Vorlage die Abänderungsentwürfe des Ärztegesetzes sowie des Gesetzes über das Veterinärwesen in Vernehmlassung geschickt werden. Anpassungen dieser Gesetze sind in Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen erforderlich.

### **Krankenversicherungsgesetz (KVG)**

Auf eine geplante Gesetzesrevision im Bereich der Prämienverbilligung wurde aufgrund der Ergebnisse einer im Berichtsjahr durchgeführten Vernehmlassung verzichtet.

### **Verordnungen zum KVG**

Im Berichtsjahr trat die Verordnung über die Kostenziele und Qualitätssicherung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in Kraft. Das ebenfalls durch Verordnung festgelegte Kostenziel von 3% über den Vorjahreskosten wird vom Amt für Gesundheit überprüft und analysiert, sodass auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse seitens der Regierung Steuerungsmassnahmen überlegt werden können. Darüber hinaus gab es auch andere Abänderungen der Verordnung über die Krankenversicherung, welche insbesondere Vorschläge der Leistungskommission aber auch Vorschläge der Arbeitsgruppe «Überprüfung der Regelungen zum Krankengeld» umsetzten.

### **Unfallversicherungsgesetz (UVerSG)**

Im Berichtsjahr wurde eine kleine Anpassung der per 1.1.2007 in Kraft getretenen Teilrevision des Gesetzes über die obligatorische Unfallversicherung hinsichtlich einer Übergangsfrist für die Neuberechnung der Komplementärrente vorgenommen.

### Unfallversicherungsverordnung

Im Berichtsjahr erfolgte eine Anpassung der Verordnung über die obligatorische Unfallversicherung hinsichtlich des Höchstbetrages des versicherten Verdienstes, der von CHF 106 800 auf CHF 126 000 angehoben wurde, und eine Anpassung des Anhanges 3 hinsichtlich der Berechnung des Taggeldes.

### Heilmittelkontrolle

Fünf EWR Rechtsakte wurden hinsichtlich Übernahme in die nationale Gesetzgebung überprüft und die Arbeiten zur Übernahme des so genannten Pharmaceutical Packages (2004/27/EG, 2004/28/EG, VO 726/2004, 2004/23/EG, 2004/24/EG) weiter bearbeitet. Mit der Revision des liechtensteinischen Heilmittelgesetzes wurde begonnen.

### Gesundheitsberufe

Ende 2007 stellte sich der Stand von erteilten Konzessionen und Bewilligungen folgendermassen dar:

Leistungserbringer	Stand 31.12.2007	2007 erteilte Bewilligungen/ Konzessionen
Ärzte	82	2
Apotheken	2	–
Augenoptiker	8	–
Chiropraktoren	4	–
Drogerien	2	–
Ergotherapeuten	5	1
Ernährungsberater	5	–
Hebammen	11	–
Heilgymnastiker	1	–
Fachmann/-frau für Hörhilfen	2	–
Krankenschwestern/Pfleger	14	1
Med. Laborleiter	3	–
Med. Masseurin und Bademeister	9	–
Physiotherapeuten/Physiotherapien	46	2
Podologen	2	–
Psychologen/nichtärztliche		
Psychotherapeuten	16	1
Zahnärzte	28	1
Zahntechniker/Laborinhaber	30	2

### Gesundheitsvorsorge

#### Kampagne «bewusst(er)leben»

Im Rahmen der Kampagne «bewusst(er)leben» wurden bis Herbst 2007 vorrangig Projekte zu Gesundheit und Bewegung gefördert oder lanciert. Ab Herbst stand die «Gesunde Ernährung» im Vordergrund. Im Folgenden sind einige Projekte und Aktionen beispielhaft aufgeführt.

Zu Gesundheit und Bewegung wurde ein Bewegungsprojekt für Kinder unter dem Titel «Nordic-Fun» durchgeführt. Das Bewegungstagebuch des Verkehrsclub Liechtenstein wurde durch das Amt für Gesundheit finanziell und ideell unterstützt. Beim SlowUp 07 wurden an einem vom Amt für Gesundheit betreuten Stand Informationen zu Bewegung und Ernährung abgegeben, Erwachsene

konnten sich den BMI berechnen lassen und für Kinder standen Spiele zum Thema Ernährung bereit. Für Senioren wurde eine Aktivwoche zu den Themen Bewegung, Ernährung und Entspannung durchgeführt.

Zur Gesundheitsförderungskampagne «bewusst(er)leben» wurde als Startveranstaltung für das zweite Schwerpunktthema Ernährung eine Kochshow mit bekannten Köchen aus Liechtenstein organisiert. Analog zum Bewegungspass wurde ein Ernährungspass gestaltet. Apfelverteilaktionen vor Schulen und in Bussen machten zusätzlich auf gesunde Ernährung aufmerksam und erfolgten in Zusammenarbeit mit der Kampagne 5 am Tag der Krebshilfe Liechtenstein. Unter dem Thema «Miniköche» kochten Schulkinder in Restaurants unter der Anleitung der Chefköche gesunde und schmackhafte Gerichte. «Alles Wurst» heisst eine in Zusammenarbeit mit Gesundheitskommissionen gestaltete Broschüre, die gesunde Verpflegungsalternativen bei Vereinsanlässen aufzeigt.

#### Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF)

Die erste Fachtagung zu diesem Thema fand im Mai 2007 statt. Im Anschluss daran wurde die Ausgangslage in Bezug auf BGF in liechtensteinischen Unternehmen anhand eines kurzen Analysefragebogens abgefragt. Die iafoB (Institut für Arbeitsmarktforschung und Organisationsberatung) in Zürich wertete diese im Auftrag des Amtes für Gesundheit aus.

Veranlasst durch viele Gespräche mit Aussenstehenden im Vorfeld der Tagung, setzte die Regierung eine Steuerungsgruppe für die Betriebliche Gesundheitsförderung ein. Die Steuerungsgruppe hat den Auftrag, Grundgedanken und Leitlinien für die Weiterentwicklung der BGF in Liechtenstein zu formulieren. Alle direkt und indirekt mit dem Thema betrauten oder davon betroffenen Kreise sind in der Steuerungsgruppe vertreten.

#### «Herbstzeitlose – selbständig im Alter»

Die Abteilung Geriatrie der Universität Bern führt das Projekt in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit und Ärzten in Liechtenstein durch. Sechs Hausärztinnen und Hausärzte aus insgesamt vier Hausarztpraxen haben am Pilotprojekt teilgenommen. Sie verteilten an Ihre Patientinnen und Patienten je 30 Gesundheits-Profil Fragebogen, die alle wichtigen Bereiche der Gesundheit erfassen. Die Fragebogen werden von den Patienten selber ausgefüllt und direkt ans Rechencenter geschickt. Die computerbasierte Auswertung wird anschliessend den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit der Post zugestellt; die behandelnde Hausärztin/der behandelnde Hausarzt erhält ebenfalls ein Exemplar der Auswertung.

### Gesundheitsschutz

#### Pandemieplanung

Nachdem im Jahr 2006 der grundlegende Pandemieplan für Liechtenstein erstellt worden war, konnten in diesem Berichtsjahr Handbücher für wichtige Teilbereiche wie

Polizei, Landesspital, Ärztekammer usw. erstellt werden.

Ein wichtiger Pfeiler für den Schutz der Bevölkerung beim Auftreten einer Grippepandemie ist ein präpandemischer Impfstoff. Ziel des Impfstoffes ist es, den Schweregrad der Erkrankungen zu vermindern. Der Impfstoff muss vor dem Eintreffen einer Pandemie an die gesamte Bevölkerung abgegeben werden. Die diesbezügliche Planung vom Transport über die Aufklärung der Bevölkerung bis zur Abgabe des Impfstoffes beanspruchte viel Zeit und muss 2008 noch detaillierter ausgearbeitet werden.

Ende Oktober 2007 beurteilten Vertreter der ECDC (European Center for Disease Prevention and Control) die derzeitigen Pandemievorkehrungen Liechtensteins. Der Bericht fiel sehr positiv aus. Verbesserungsvorschläge betreffen vor allem die aktuelle epidemiologische Situation Liechtensteins.

**Übertragbare Krankheiten**

Die Meldungen übertragbarer Krankheiten an das Amt für Gesundheit erfolgen durch Ärztinnen und Ärzte, Spitäler sowie andere öffentliche oder private Institutionen des Gesundheitswesens. Eine Zunahme der Fälle zeigt sich vor allem bei der Tuberkulose von 1 Fall 2006 auf 5 Fälle 2007.

**Eingegangene Meldungen**

Übertragung vorwiegend über die Atemwege	Übertragung vorwiegend über den Magen-Darmtrakt
Diphtherie	0
Grippeartige Erkrankungen	410
Haemophilus influenzae	0
Keuchusten	0
Legionellose	0
Masern	1
Meningokokken	0
Mumps	0
Pneumokokken	0
Psittacose	0
Q-Fieber	0
Röteln	2
Tuberkulose	5
Andere Übertragungswege	
Borreliose	0
Chlamydia	5
Creutzfeld-Jakob-Krankheit	0
FSME	2
Gonorrhoe	4
Haemorrhagisches Fieber und Gelbfieber	1
Hepatitis B akut	2
Hepatitis C akut	2
Hepatitis D	0
HIV	0
Leptospirose	0
Botulismus	0
Brucella	0
Campylobacter	14
Cholera	0
EHEC	0
Hepatitis A	0
Hepatitis E	0
Listeria	0
Paratyphus (Salmonella)	14
Poliomyelitis	0
Shigella	0
Typhus	0
Yersinia	0
Lues	0
Malaria	1
Milzbrand	0
Mononukleose	1
Pest	0
Rickettsiose	0
Streptokokken A (Scharlach)	69
Tetanus	0
Tollwut	0
Windpocken	115

**Gutachterliche Tätigkeiten**

**Rechtsmedizin**

In erster Linie für das Landgericht und für die Abteilung Administrativmassnahmen der Motorfahrzeugkontrolle sind gutachterliche Arbeiten zu leisten, vor allem zu folgenden Fragen:

- Vormundschaftsrechtliche Massnahmen: drei Anträge und 9 Gutachten;
- Massnahmen nach dem Sozialhilfegesetz: Einweisungen in eine psychiatrische Klinik oder in eine andere geeignete Betreuungseinrichtung gegen den Willen des Patienten. Die Einweisungen wurden überwiegend durch Notfall- und Hausärzte vorgenommen. Es fehlen daher einschlägige Zahlen.
- Vernehmungs- und Prozessfähigkeit: zwei Beurteilungen;
- Hafterstehungsfähigkeit: keine Beurteilung;
- Schuldfähigkeit: keine Beurteilungen;
- Körperverletzung im Sinne des Strafrechtes: keine Beurteilungen
- Aussergewöhnliche Todesfälle: werden durch die Notfallärzte gemeinsam mit der Landespolizei beurteilt. Im Amt für Gesundheit existiert darüber keine Statistik mehr.
- Fahreignungsabklärung wegen des Verdachtes auf die Fahrfähigkeit mindernde Erkrankungen (9 Beurteilungen), Alkoholmissbrauch (8 Beurteilungen), Drogenmissbrauch (22 Beurteilungen), Medikamentenmissbrauch (2 Beurteilungen), kombinierten Missbrauch (3 Beurteilungen).

**Andere Gutachten**

Für die Motorfahrzeugkontrolle werden seit Jahren jährlich ca. 700 Routineuntersuchungen über die Fahreignung durchgeführt. Diese Routineuntersuchungen werden zunehmend an frei praktizierende Ärzte übertragen mit dem Ziel, dass im Amt keine Routineuntersuchungen mehr stattfinden werden.

Bei Einreisenden – mit Ausnahme aus dem EWR-Raum und dem Nordamerikanischen Kontinent – werden im Auftrag des Ausländer- und Passamtes grensanitäre Kontrollen durchgeführt. Auch im Berichtsjahr wurden bei den Einreisenden keine gravierenden akuten Gesundheitsprobleme beobachtet.

**Heilmittelkontrolle**

**Bewilligungen**

2007 gab es 6 neue Interessenten/Anfragen für eine Grosshandelsbewilligung mit Arzneimitteln. Ein Gesuch um eine Neuerteilung, drei um eine Verlängerung der Bewilligung zum Grosshandel bzw. Herstellung wurden eingereicht und bearbeitet. Zwei Grosshandelsbewilligungen wurden ausgestellt. Einem Betrieb wurde die Bewilligung zum Handel mit Arzneimittel (Vermittlung) verlängert. Eine Bewilligung wurde auf Wunsch der



Firma widerrufen. Drei Bewilligungen zur Führung einer Praxisapotheke wurden erteilt. Zwei Bewilligungen zum Bezug von Marinol wurden zu Händen der Regierung vorbereitet. Zwei Importen von Blutprodukten aus Österreich wurde die Bewilligung erteilt.

### Inspektionen

Sieben GDP Inspektionen (GDP = Gute Vertriebspraxis) und eine GMP Inspektion (GMP = Gute Herstellpraxis) wurden im Auftrag von Liechtenstein durch die Regionalen Fachstelle Zürich durchgeführt. Vier Praxisapotheken wurden inspiziert.

### Zulassungen

2007 waren gemäss der Ergänzungsvereinbarung zwischen der Schweiz und Liechtenstein zum Notenaustausch vom 11. Dezember 2001 betreffend die Geltung der schweizerischen Heilmittelgesetzgebung in Liechtenstein über die Zulassung von Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen, LR 0.812.101.1, 36 Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen nicht automatisch in FL zugelassen. 35 Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen wurden 2007 nach einer zeitlichen Verzögerung in Liechtenstein zugelassen.

2007 wurden gemäss dem Beschluss 74/1999 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses von der Europäischen Kommission 63 Entscheidungen zur Zulassung von Humanarzneimitteln, 49 Entscheidungen betreffend Verlängerung von Humanarzneimitteln, dreizehn Entscheidungen zur Zulassung von Tierarzneimitteln, sieben Verlängerungen betreffend Tierarzneimittel, zwei Entscheidungen betreffend Widerruf und je eine Entscheidung betreffend Aussetzung und Aufhebung der Aussetzung von Humanarzneimitteln übernommen. Zudem wurden 62 Entscheidungen betreffend Ausweisung von Arzneimitteln für seltene Krankheiten übernommen.

### Meldungen von Medizinprodukten

Insgesamt wurden 3 Meldungen zum Erst-Inverkehrbringen von Medizinprodukten der Klasse I im EWR entgegengenommen und bearbeitet.

Es wurden 88 Zertifikate und Bescheinigungen für liechtensteinische Firmen ausgestellt.

### Krankenversicherung

#### Entwicklung der Krankenpflegekosten

Im Jahr 2007 erreichten die Aufwendungen für die obligatorischen Krankenpflegekosten (nach Abzug der Kostenbeteiligungen) einen Betrag von CHF 117.79 Mio. (Vorjahr CHF 106.97 Mio.), was einem Anstieg der Aufwendungen von CHF 10.82 Mio. bzw. +10,1% gegenüber dem Jahr 2006 entspricht. Dieser Anstieg der Aufwendungen liegt über dem durchschnittlichen Kostenwachstum der letzten Jahre. Die Bruttoleistungen haben sich um CHF 11.14 Mio. bzw. +9,6% erhöht.

### Staatsbeitrag

Der Staat leistet im Sinne von Art. 24a Abs. 1 und 2 KVG den Krankenkassen einen jährlichen Beitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeleistungen und der präventivmedizinischen Massnahmen.

Im Jahre 2007 ergab die Berechnung und Kontrolle der Anträge der vier in Liechtenstein tätigen Krankenkassen auf Ausrichtung des Staatsbeitrages eine Restsubventionen für das Rechnungsjahr 2006 von CHF 4.3 Mio. Hinzu kamen Akontozahlungen für das Berichtsjahr von 90% des vom Landtag genehmigten Staatsbeitrages, was CHF 40.5 Mio. ausmachte. Schliesslich wurden noch Akontozahlungen für das Berichtsjahr im Umfang von CHF 6.6 Mio., sowie Restzahlungen für das Jahr 2006 von CHF 1.1 Mio. für die Prämienbefreiung der Kinder geleistet. Insgesamt waren daher im Jahre 2007 Staatsbeiträge in der Höhe von CHF 52.5 Mio. notwendig (Vorjahr CHF 49.93 Mio.).

Risikoausgleichsjahr	Umverteilungsvolumen		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in CHF	in %*	in CHF	in %
<b>2007</b>	<b>1 264 784</b>	<b>2.0</b>	<b>+82 395</b>	<b>+7.0</b>
2006	1 182 389	2.1	+654 038	+123.8
2005	528 351	1.1	-1 431 726	-73.0

\* der Nettoleistungen der am Risikoausgleich teilnehmenden Altersgruppen

Der definitive Risikoausgleich 2007 basiert auf den Daten der Kassen des Jahres 2007.

Das Umverteilungsvolumen auf Basis der Versicherten 2007 betrug CHF 12.4 Mio. (Vorjahr CHF 11.2 Mio.). Der Grossteil dieses Umverteilungsvolumens spielte sich innerhalb der einzelnen Krankenkassen ab und wird deshalb nicht über das Amt für Gesundheit umverteilt.

### Prämienverbilligung

Die Zahl der Anträge auf Prämienverbilligung im Sinne von Art. 24b KVG sank im Berichtsjahr. Insgesamt erhielten 3.560\* Versicherte einen staatlichen Beitrag an ihre Krankenkassenprämie 2007 (Vorjahr: 3 982). Der Betrag der staatlichen Prämienverbilligung belief sich auf CHF 4 573 303\* (Vorjahr: CHF 4 745 607).

#### Verteilung der Prämienverbilligung auf Altersgruppen

Altersgruppe	Bezüger	Betrag in CHF
Bis 25 Jahre	247	180 961
Bis 65 Jahre	1 470	1 719 819
Über 65 Jahre	1 843	2 672 524
<b>Total</b>	<b>3 560</b>	<b>4 573 304</b>

\*Datenstand per 11.2.08

## Krankenkassenprämien

Das Amt für Gesundheit hat Ende 2007 die Prämien der Kassen für die obligatorische Krankenpflegeversicherung 2008 überprüft und zur Kenntnis genommen. Die gewichtete Steigerung der Durchschnittsprämie stellte sich in den letzten Jahren wie folgt dar:

Jahr	Durchschnittsprämie der Erwachsenen (ohne Unfall) in CHF	gewichtete Veränderung in %
2008	221	+ 6.9
2007	207	+ 1.5
2006	204	+0.3

## Unfallversicherung

### Finanzabrechnung für das Jahr 2006

Im Jahr 2006 (die Angaben für 2007 liegen erst im Sommer 2008 vor) wurde die obligatorische Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein (OUFL) von acht Versicherungsunternehmen durchgeführt. Die Anzahl der versicherten Betriebe stellt sich im Vergleich zum Vorjahr im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2006	2005	Veränderung
Gesamt Unfälle	6 668	6 408	+260
NBU	4 578	4 462	+116
BU	2 038	1 939	+144
FV	7	7	0

Bei den 6668 gemeldeten Unfällen waren 45 Invaliditätsfälle und 5 Todesfälle.

Das detaillierte Finanzergebnis der OUFL hat sich verbessert und präsentiert sich 2006 wie folgt:

### Einnahmen

	BU	NBU	FV	Total
Prämienbeiträge	10 299 838	23 104 299	123 459	33 527 596
Kapitalerträge	647 546	1 727 210	13 853	2 388 609
Regresseinnahmen	149 296	2 862 544	0	3 011 840
<b>Total Einnahmen</b>	<b>11 096 680</b>	<b>27 694 053</b>	<b>137 312</b>	<b>38 928 045</b>

## Aufwand

	BU	NBU	FV	Total
Versicherungsleistungen	10 964 555	16 519 438	-34 671	27 449 322
Teuerungszulagen auf Renten	1 965 463	4 262 895	27 326	971 260
Verwaltung, Steuern	175 097	393 572	2 098	570 767
Finanzierung neuer Rechnungsgrundlagen	376 844	594 416	0	971 260
<b>Total Aufwand</b>	<b>13 481 959</b>	<b>21 770 321</b>	<b>-5 247</b>	<b>35 247 033</b>
<b>Ergebnis</b>	<b>-2 385 279</b>	<b>5 923 732</b>	<b>142 559</b>	<b>3 681 012</b>

## Kontrolle von Subventionsgesuchen

Gemäss Art. 79 Abs. 2 des Gesetzes vom 28. November 1989 über die obligatorische Unfallversicherung, LGBl. 1990 Nr. 4, fallen die Prämien für die obligatorische Versicherung der Nichtberufsunfälle zu zwei Drittel zu Lasten der Versicherten und zu einem Drittel zu Lasten des Landes. Im Jahre 2007 wurden Anträge von acht Unfallversicherungsunternehmen auf Ausrichtung von (restlichen) Landesbeiträgen für das Rechnungsjahr 2006 und von sieben Akontozahlungen für das laufende Rechnungsjahr 2007 kontrolliert.

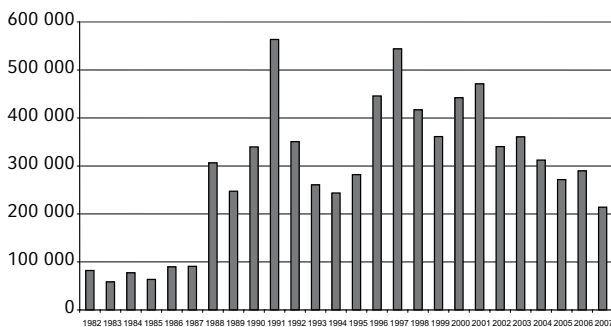
Die Aufwendungen für NBU-Subventionen beliefen sich im Jahr 2007 auf CHF 9.21 Mio. (Vorjahr: 7.85 Mio.). Davon waren CHF 8.88 Mio. Vorauszahlungen für das Jahr 2007 und CHF 0.33 Mio. Restzahlungen für das Jahr 2006.

## Mutterschaftszulage

Im Jahr 2007 wurden CHF 214 202 an Mutterschaftszulagen ausgerichtet. Insgesamt wurden 155 Gesuche auf Mutterschaftszulage entschieden, davon erhielten 81 Personen eine zusprechende und 74 Personen eine ablehnende Verfügung. Der ausgerichtete Betrag betrug im Durchschnitt CHF 2644.

Die ablehnenden Verfügungen waren in 11 Fällen auf ein Überschreiten der gesetzlichen Erwerbsgrenzen, in 52 Fällen auf Krankengeld- bzw. Lohnbezug, in 5 Fällen auf Verjährung und in 4 Fällen auf Nichterfüllung des Wohnsitzerfordernisses zurückzuführen. Es wurden keine Rechtsmittel erhoben.

### Entwicklung der Auszahlungen der Mutterschaftszulage seit dem Jahr 1982 (in CHF)



### Internationales

Im Berichtsjahr wurden sowohl die Sitzungen der Verwaltungskommission über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeiter, als auch des Rechnungsausschusses besucht. Zum Teil war auch eine Teilnahme an Sitzungen der Technischen Kommission notwendig, um Informationen über die Umsetzung des elektronischen Datenaustausch zwischen den zuständigen Institutionen und Trägern im Bereich der Sozialen Sicherheit einzuholen und dessen Umsetzung auch in Liechtenstein zu gewährleisten. Die EWR/EFTA-Arbeitsgruppe über Soziale Sicherheit hat im Berichtsjahr insgesamt 5 mal getagt, wobei die Übernahme von relevanten EU-Rechtsakten in das EWR-Abkommen vorbereitet, eine Anpassung der Anhänge zur (EWG) Verordnung Nr. 574/72 u. a. aufgrund der Reorganisationen in der liechtensteinischen Verwaltung vorgenommen und auch eine Abänderung des Abkommens zur Änderung des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (Vaduzer Konvention) vorbereitet wurden.

Die im Berichtsjahr vorgenommene Abänderung des Abkommens zur Änderung des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (Vaduzer Konvention) führte dazu, dass neu aufgrund eines Beschlusses des EFTA-Rates ab 1.1.2008 die Regeln der (EWG) Verordnung Nr. 1408/71 betreffend das anzuwendende Recht bei Ausübung der Personenfreizügigkeit auch im Verhältnis Liechtenstein und Schweiz zur Anwendung gelangen.

Wesentliche Themen der EWR-/EFTA-Arbeitsgruppe Working Group on Public Health im Berichtsjahr bildeten die neuen Programme im Bereich Public Health (2008–2013) und Drogenprävention und –aufklärung (2007–2013), die Ergebnisse der Konsultation der Kommission im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen sowie die neue Gesundheitsstrategie der EU.

Das Amt für Gesundheit startete als «Pilotamt» im Rahmen des Binnenmarktinformationssystems («IMI») für die Berufe Apotheker, Ärzte und Physiotherapeuten. Ziel dieses Systems ist die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten.

Die Amtsapothekerin nahm an diversen internationalen Meetings und Sitzungen teil.

## Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen

**Amtsleiter: Dr. Peter Malin**

*Im Zentrum der Amtsaufgaben standen Kontroll- und Aufsichtsfunktionen zum Schutz von Konsumenten, Verbrauchern und Tieren, wobei versucht wurde, die präventiven Elemente der Kontrolle zu stärken.*

### Allgemeines

#### Amtsorganisation

Die Überführung des Fachbereiches Heilmittelkontrolle in das Amt für Gesundheit erfolgte per 1. Juli des Berichtsjahres.

Zum Vollzug des Hundegesetzes wurde eine auf 3 Jahre befristete Teilzeit-Mitarbeiterin (40 %) angestellt.

Das Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen wies am Ende des Berichtsjahres einen Personalbestand von zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einem Beschäftigungsgrad von 855 Stellenprozent aus. Die Stellenzuordnungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden überprüft. Zum Ende des Berichtsjahres genehmigte die Regierung das neu erarbeitete Organigramm.

Durch einfache Anpassungen im Raumkonzept wurde mehr Kundenorientierung, Sicherheit und Praxistauglichkeit erreicht.

#### Zusammenarbeit mit anderen Behörden

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden erfolgte auf verschiedenen Ebenen:

- Mitarbeit in der liechtensteinischen Delegation der Arbeitsgruppe für Warenverkehr der Gemischten Kommission Schweiz – Fürstentum Liechtenstein
- Mitarbeit in der Expertengruppe zur Anpassung der Vereinbarung betreffend die Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik
- Vertretung in der liechtensteinischen Verhandlungsdelegation zur Errichtung eines Staatsvertrages über die Zusammenarbeit der liechtensteinischen und schweizerischen Behörden im Bereich des Strahlenschutzes
- Gespräche mit der Generaldirektion Gesundheit zur Klassifizierung Liechtensteins bezüglich der BSE-RisikoEinstufung
- Informationsaustausch mit den Veterinärverwaltungen Österreichs und dessen Nachbarstaaten zur Blauzungenkrankheit
- Vorbereitung zum Beitritt Liechtensteins zum Übereinkommen für die Schaffung eines Internationalen Seuchenamtes (OIE)
- Inkrafttreten des Zusatzabkommens zwischen Liechtenstein, der Schweiz und der Europäischen Gemein-

schaft über die Einbeziehung Liechtensteins in das Landwirtschaftsabkommen Schweiz – EG

## Gesetzgebung

Folgende Rechtsgrundlagen betreffend den Tätigkeitsbereich des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen wurden im Berichtsjahr erlassen, geändert bzw. in Kraft gesetzt:

- Verordnung vom 5. Juni 2007 über die Sömmerung von landwirtschaftlichen Nutztieren im Jahr 2007 (Sömmerungsverordnung), LGBl. 2007 Nr. 130
- Verordnung vom 8. August 2007 über Massnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche (MKS-Verordnung, MKSV), LGBl. 2007 Nr. 199
- Verordnung vom 14. August 2007 betreffend die Abänderung der Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, LGBl. 2007 Nr. 204
- Verordnung vom 4. September 2007 über Massnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche (MKS-Verordnung, MKSV), LGBl. 2007 Nr. 240
- Verordnung vom 18. September 2007 betreffend die Abänderung der Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, LGBl. 2007 Nr. 244
- Zusatzabkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, LGBl. 2007 Nr. 257
- Kundmachung vom 9. Oktober 2007 des Beschlusses Nr. 97/2007 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, LGBl. 2007 Nr. 258
- Verordnung vom 20. November 2007 über Massnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche (MKS-Verordnung, MKSV), LGBl. 2007 Nr. 305
- Verordnung vom 4. September 2007 über die Abänderung der Trinkwasserverordnung, LGBl. 2007 Nr. 238
- Internationales Übereinkommen für die Schaffung eines Internationalen Seuchenamtes in Paris, LGBl. 2007 Nr. 354

## Qualitätssicherung

Die Überwachung der Akkreditierung der Bereiche Lebensmittelkontrolle und Milchwirtschaftlicher Inspektionsdienst durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle SAS erfolgte am 28. Juni. Es wurde eine terminierte Auflage gestellt. Diese konnte fristgerecht bis zum 31. August erledigt werden.

Im November wurde das Interne Audit durchgeführt. Die Auswahl der Prozesse erfolgte wiederum anhand einer Gewichtung und unter Berücksichtigung der geltenden Normanforderungen.

Die Bestätigung der Normerfüllung nach ISO 9001:2000 erfolgte im Rahmen des Audits der Liechtensteinischen Gesellschaft für Qualitätssicherungs-Zertifikate AG (LQS).

## Lebensmittelsicherheit

Die gemäss Inspektionsplan vorgesehene Anzahl Kontrollen konnte bei anhaltendem Personalengpass dank Beizug eines externen Lebensmittelkontrolleurs zu 90 % erfüllt werden.

**Ergebnisüberblick der Betriebsinspektionen 2007**

Betriebskategorie	Anzahl Betriebe			Anzahl Beanstandungen in den Beurteilungsbereichen			
	Summe I	Summe I/B	Summe IN	A	B	C	D
A1 Industrielle Verarbeitung von tierischen Rohstoffen	1	1		0	0	0	1
A2 Verarbeitung von pflanzlichen Rohstoffen	0	0					
A3 Getränkeindustrie	0	0					
A4 Produktion von Gebrauchsgegenständen	0	0					
A5 Diverse	2	1		0	0	0	1
B1 Metzgereien, Fischhandlungen	5	4		4	1	3	4
B2 Käsereien, Molkereien	5	4	1	3	1	3	2
B3 Bäckereien, Konditoreien	3	1	1	1	0	1	1
B4 Getränkehersteller	2	0					
B5 Landwirtschaftsbetriebe mit Verkauf ab Hof	2	2		1	0	2	1
B6 Diverse	1	0					
C1 Grosshandel (v.a. Getränke- und Weinhandel)	11	0					
C2 Verbraucher- und Supermärkte	14	4	1	4	0	1	1
C3 Klein- und Detailhandel, Drogerien	4	0					
C4 Versandhandel	0	0					
C5 Handel mit Gebrauchsgegenständen	1	0					
C6 Diverse	0	0					
D1 Kollektivverpflegungsbetriebe	79	32	5	30	7	19	13
D2 Cateringbetriebe, Party-Services, Saalküchen, Jahrmärkte	18	0					
D3 Spital- und Heimbetriebe	3	0					
D5 Diverse	0	0					
E1 Trinkwasserversorgungen	2	0					
<b>Total</b>	<b>153</b>	<b>49</b>	<b>8</b>	<b>43</b>	<b>9</b>	<b>29</b>	<b>24</b>

**Zeichenerklärung für Beanstandungsgründe**

A = Selbstkontrolle  
 B = Lebensmittel  
 C = Prozesse und Tätigkeiten  
 D = Räumlichbetriebliche Voraussetzungen

**Legende der Abkürzungen**

Summe I = Inspektionen (inkl. Beanst., ohne NK)  
 Summe I/B = Inspektionen mit Beanstandungen  
 Summe INK = Anzahl Nachkontrollen (NK)

Die nachstehende Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Beanstandungsgründe bezogen auf die Betriebe mit Beanstandungen:

Beurteilungsbereich	Verteilung der Beanstandungsgründe in %
A: Selbstkontrolle	88
B: Lebensmittel	18
C: Prozesse und Tätigkeiten	59
D: Räumlichbetriebliche Voraussetzungen	49

**Probenprovenienz**

	untersuchte Proben	beanstandete Proben
Lebensmittelproben	249	25
Nicht der Lebensmittelgesetzgebung unterstellte Proben	40	22

**Untersuchungstätigkeit**

Warengattung	untersuchte Proben	beanstandete Proben	Beanstandungsgrund (Mehrfachbeanstandung einer Probe möglich)
Diverse Untersuchungen: Total der Proben aus den Warengattungen 01 - 93	289	47	A B C D E F 2 0 42 2 0 1

**Zeichenerklärung:**

A: Sachbezeichnung, Anpreisung usw.  
 B: Zusammensetzung  
 C: Mikrobiologische Beschaffenheit, Bakterien u. Mycotoxine  
 D: Inhalts- und Fremdstoffe  
 E: Physikalische Eigenschaften  
 F: Andere Beanstandungsgründe

## Eichwesen

### Eichungen

Art der Messmittel	geeicht	beanstandet	verwarnt
Wiegegeräte (Laden-, Industrie-, Brückenwaagen / 200 g bis 60 Tonnen)	336	14	
Abgasmessgeräte (Benzinmotoren, Dieselrauch, Kombigeräte)	56	2	
Durchlaufzähler (Zapfsäulen, Durchlaufzähler für Heizöl, ..)	134	7	1
Gastankstellen ( Hochdruck- Erdgastankstellen; eine Ersteichung)	5	1	
Längenmasse (elektron.)			
Messkluppen, Ersteichungen)	11	0	
Gewichtsstücke und Kastenmasse (LKW-Brücken)	12		

### Kontrollen nach der Deklarationsverordnung

Marktteilnehmer	Kontrollierte Betriebe	Kontrollierte Lose
Hersteller von industriellen Fertigpackungen	15	142
Hersteller von Zufallspackungen	12	37
Verkaufslokale mit Offenverkaufsstellen	34	nicht erfasst

## Veterinärwesen

Die Zahl der landwirtschaftlichen Tierhaltungsbetriebe liegt auf Vorjahresniveau. Mit Ausnahme der Anzahl Ziegen sind die Tierzahlen leicht gestiegen. Ob diese aus dem März des Berichtsjahres stammenden Zahlen bereits im Zusammenhang mit der im Kalenderjahr insgesamt und global gestiegenen Nachfrage nach Lebensmitteln tierischer Herkunft stehen, wird das kommende Jahr zeigen.

### Statistikdaten

Tierart	Anzahl Halter	+/- gegenüber Vorjahr	Anzahl Tiere	+/- gegenüber Vorjahr
Rindvieh	98	-/+0	6 037	+211
Pferde	89	-4	441	+15
Schweine	13	-1	1 735	+12
Schafe	48	-1	3 683	+22
Ziegen	22	+1	319	-39
Imker	96	-2	*1 079	+225
Hunde			**1 633	+195

\* entspricht Anzahl Bienenvölker

\*\* Anzahl der in den Gemeinden gemeldeten Hundehalter, Quelle: Gemeindeverwaltungen

## Tiergesundheit

Massnahmen	Tierkrankheit/-seuche
Prophylaxe	Klassische Geflügelpest, Maul- und Klauen-seuche, Rauschbrand, Schafräude
Bekämpfung	Bösartiges Katarrhalfieber, Moderhinke, Varroatose
Überwachung	Blauzungenkrankheit, Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE), Bovine Virusdi-arrhoe (BVD), Brucella melitensis, Caprine Arthritis Encephalitis (CAE), Enzootische Bovine Leukose (EBL), Klassische Geflügel-pest, Mycoplasma bovis, Infektiöse Bovine Rhinotrachitis (IBR), Paratuberkulose, Salmonella enteritidis, Tollwut

Die Varroatose als Milbenkrankheit der Bienen kommt enzootisch vor. Ansonsten wurden keine seuchenhaft verlaufenden Infektionskrankheiten festgestellt.

Schlachttiergattung	Anzahl	Schlachttiergattung	Anzahl
Stiere, Ochsen,			
Rinder	60 (-15)	Kälber < 6 Monate	36 (-24)
Kühe	26 (-22)	Schafe	236 (-52)
Ziegen	92 (-25)	Schweine	495 (-35)
		Pferde	2

### Fleischhygiene

Die Verteilung der Gesamtzahl geschlachteter Tiere beläuft sich auf 1112 und ist damit gegenüber dem Vorjahr (Zahlen in Klammern) wiederum um rund 17 % angestiegen.

Schlachttier-gattung	Anzahl	Schlachttier-gattung	Anzahl
Stiere, Ochsen,			
Rinder < 24 Mte.	59 (-1)	Kälber < 6 Mte.	20 (-16)
Rinder > 24 Mte.,			
Kühe	34 (+8)	Schafe	327 (+91)
Ziegen	117 (+25)	Schweine	553 (+58)
Pferde	2 (+/-0)		

Im Berichtsjahr wurden das Obligatorium der generellen Schlachttierunter-suchung und die Pflicht zur Trichinenuntersuchung für alle Schweine-schlachtkörper eingeführt.

### Notschlachtwesen

Die Anzahl Notschlachtungen liechtensteinischer Tiere im Schlachtlokal Pilgerbrunnen in Grabs ist auf 6 Tiere zurückgegangen. Bei gleich bleibend niedriger Nach-frage im Jahr 2008 muss die weitere Mitfinanzierung die-ser Einrichtung und damit deren Verfügbarkeit in Frage gestellt werden.

### Tierschutz

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 13 Landwirtschaftsbe-triebe im Rahmen einer koordinierten amtstierärztlichen Kontrolle zusätzlich einer planmässigen Tierschutzkon-trolle unterzogen. Bei 3 Betrieben wurden Mängel der

baulichen Einrichtungen beanstandet, in 2 Betrieben Defizite bei der tiergerechten Pflege und im Umgang mit den Tieren.

Veranlasst durch Mitteilungen / Anzeigen Dritter, eigene Beobachtungen oder Hinweise anderer Amtsstellen wurden 21 Tierschutz-Abklärungen vorgenommen. Die notwendigen Korrekturen wurden verfügt, soweit es sich nicht um einfache und sofort behobene Mängel handelte, und in drei Fällen Bussen verhängt.

Tierart / Inspektionsziel	Rd	Sa	Zg	Pf	Se	Gef	Hd
Tierschutz / Tierhaltung	7	1	1	3	1	1	7

Legende: Rd: Rind, Sa: Schaf, Zg: Ziege, Se: Schwein, Pf: Pferd, Zwi: Zuchtwild, Kan: Kaninchen, Gef: Geflügel, Hd: Hund

**Gemäss gesetzlichem Auftrag wurden weitere Tierschutzkontrollen durchgeführt.**

Kriterium	Anzahl	Bemerkungen
Baugesuch	8	
Wildtierhaltung, privat	7	neu: 4, bestehend: 3
Wildtierhaltung, gewerblich	-	
Veranstaltung mit Tieren	4	

**Amtstierärztliche Kontrollen**

Bei den mit dem Landwirtschaftsamt koordinierten sog. «Blauen Kontrollen» wird in der Regel auch eine Tierschutzkontrolle durchgeführt.

Über Mängel bei den verschiedenen Kontrollparametern gibt die nachstehende Tabelle Aufschluss:

Tierart	Anzahl geprüfter Betriebe	Anzahl Betriebe (%) mit Mängel im Bereich			
		Tiergesundheit	Eutergesundheit	Tierarzneimittel	Tierverkehr
Rind	14	2 (14.3 %)	8 (57.1 %)	10 (71.4 %)	10 (78.6 %)

Neben der planmässigen Überwachung der Primärproduktion wurden im Berichtsjahr 2007 aus gegebenem Anlass insgesamt 43 landwirtschaftliche und private Tierhaltungseinrichtungen zum Teil wiederholt einer Kontrolle unterzogen. Den Auslöser bildeten überwiegend Parteienbeschwerden, daneben waren Auffälligkeiten im Tierverkehr, Mitteilungen von Seiten benachbarter Veterinärbehörden, schlechte Milchqualität sowie die Tierseuchenüberwachung Grund für eine Vor-Ort-Inspektion. Die nachfolgende Tabelle gibt Aufschluss über die Verteilung der Kontrollen nach den Gesichtspunkten Tierart und Inspektionsgrund:

Tierart / Inspektionsziel	Rd	Sa	Zg	Pf	Se	Gef	Hd
Tierschutz / Tierhaltung	7	1	1	3	1	1	7
Tiergesundheit / Tierseuchen	1				2	2	
Tierkennzeichnung / Tierverkehr	12						
Milchhygiene	5						
<b>Total</b>	<b>25</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>7</b>

Legende: Rd: Rind, Sa: Schaf, Zg: Ziege, Se: Schwein, Pf: Pferd, Zwi: Zuchtwild, Kan: Kaninchen, Gef: Geflügel, Hd: Hund

**Vihsömmerung**

Die Anzahl der in Liechtenstein selbst gealpten Tiere nahm gegenüber dem Vorjahr wieder auf das Niveau der Vorjahre ab. Der Anteil an Tieren schweiz. Herkunft auf den Inlandalpen blieb in etwa gleich, war jedoch auf den in Vorarlberg gelegenen Alpen rückläufig.

Alpen	Liechtensteiner Vieh	Schweizer / Österreicher Vieh
Inlandalpen	2 023	584
Eigenalpen in Vorarlberg	378	233

**Grenzüberschreitender Verkehr**

Die Ausfuhr von Lebensmitteln tierischen Ursprungs in die Europäische Gemeinschaft war im Berichtsjahr nicht mehr zeugnis-, aber nach wie vor grenztierärztlich untersuchungspflichtig. Bei der Einfuhr von Tieren und Tierprodukten aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft entfiel, vorbehaltlich der Artenschutzbestimmungen, ab dem 1. April die grenztierärztliche Untersuchungspflicht.

Zufolge des seuchenhaften Verlaufs einer Mykoplasmen-Infektion auf mehreren Vorarlberger Alpen wurde das Alpvieh eines Landwirts nach der Alpbefahrt vorübergehend abgesondert bis zum Vorliegen günstiger Untersuchungsbefunde.

**Futtermittel**

Ein industrieller Hersteller von Heimtiefuttermitteln wurde zweimal inspiziert. Eine Inspektion erfolgte zusammen mit Vertretern der Forschungsanstalt Agroscope Liebefeld-Posieux (ALP). Die Umsetzung der angeordneten Massnahmen wurde im Rahmen einer zusätzlichen Kontrolle überprüft. Diese diente der Überprüfung des Einsatzes eines wegen Pestizidbelastung europaweit inkriminierten Zusatzstoffes.

**Beseitigung tierischer Nebenprodukte**

Die Entsorgung der tierischen Nebenprodukte erfolgte wiederum reibungslos über die Regionale Tierkörper-sammelstelle RTS Buchs.

Die Anzahl der auf landwirtschaftlichen Betrieben von der TMF Extraktionswerk AG direkt abgeholten Tierkörper (Kadaver über 200 kg) lag mit 140 Stück erneut über dem Vorjahr (136 Kadaver).

Von der Regionalen Tierkörpersammelstelle in Buchs wurden den liechtensteinischen Gemeinden 116.5 to tierischer Nebenprodukte zugeordnet. Eine Gewichtserhebung bei der Warenannahme erfolgt nicht. Der Anstieg der Tonnage gegenüber dem Vorjahr resultiert aus einer Änderung des Verteilschlüssels, nachdem die Gemeinde Mels nicht mehr auf Seiten der schweizerischen Gemeinden aufscheint. Die liechtensteinischen Gemeinden und das Land kommen somit für 45.55 % der Kosten auf. Das gesamte Aufkommen an tierischen Nebenprodukten wird über die Tiermehlfabrik Extraktionswerk AG Bazenheid entsorgt.

**Vollzug Hundegesetz**

Der Vollzug des Hundegesetzes ist seit dem 1. Januar des Berichtsjahres eine neue Aufgabe des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen. Ein erster Arbeitsschwerpunkt bildete die Überprüfung der gesetzlich geforderten Haftpflichtversicherung und der erfolgten Mikrochipkennzeichnung aller Hunde verbunden mit der Registrierung in der Hundedatenbank.

Im Sinne eines übergangsrechtlichen Vorgehens wurde im so genannt beschleunigten Verfahren bei erfolgreicher Absolvierung der Sozialverträglichkeitsprüfung (SVP) dem Halter eines potentiell gefährlich eingestuften Hundes die Haltebewilligung erteilt und die Befreiung von der besonderen Anleinpflcht und vom Maulkorbzwang ausgesprochen. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Verfahren in Bezug auf die Haltung potentiell gefährlich eingestufte Hunde:

Haltung potentiell gefährlich eingestufte Hunde	65
Anerkennung abgelegter Prüfungen als gleichwertig	1
Verweigerung der Zulassung zur SVP/Haltebewilligung	1
Erfolgreich abgelegte SVP ohne Auflagen	51
SVP abgelegt mit Auflagen	4
SVP nicht bestanden	1
SVP wiederholt	1
SVP erst nach Datenbankbereinigung	2
Beschwerden hängig	2
SVP noch ausstehend	2

Die Amtsstelle sah sich mit zahlreichen Meldungen von Bissverletzungen und Aggressionsverhalten durch Hunde konfrontiert. Diese wurden durch Mitarbeiter des Amtes, teilweise unter Beizug der eigens zur Vollzugsunterstützung rekrutierten Fachexperten bearbeitet und die notwendigen Massnahmen angeordnet. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht:

Art der Meldung	Anzahl	Bemerkungen
Verletzung beim Menschen	22	12 Erwachsene und 10 Kinder
Verletzung beim Tier	13	2 Hunde, mehrere Heimtiere und 1 Stück Wild getötet
Aggressionsverhalten	10	

Die angeordneten Massnahmen bestanden in der Verpflichtung des Hundehalters, einer folgenden Anordnungen allein oder in Kombination Folge zu leisten: Hundeerziehungskurs, ausbruchsichere Umzäunung, Maulkorbpflicht in Gesellschaft, Leinenpflicht im Siedlungsgebiet, generelle Anleinpflcht ausserhalb des ausbruchsicheren Anwesens, Kastration, Beschäftigung, bewusstes und kontrolliertes Spiel; In drei Fällen entschieden sich die Hundehalter von sich aus zur Euthanasie.

**Milchwirtschaftlicher Inspektionsdienst**

**Verkehrsmilch**

Bleibt eine vernachlässigbar kleine Milchmenge schweizerischen Ursprungs unberücksichtigt, so wurden im Jahr 2007 von insgesamt 60 heimischen Milchproduzenten 13.1 Mio. kg Milch an den Liechtensteiner Milchverband geliefert. Wird von der in der Alpwirtschaft, in der Direktvermarktung sowie im Eigenbedarf gebundenen Milchmenge abgesehen, so entspricht dies einer durchschnittlichen Betriebsleistung von 218 950 kg Milch und Jahr und liegt damit weit über dem Vergleichswert der Schweiz.

**Qualitätskontrolle**

Im Zuge der Neuausrichtung der Qualitätskontrolle in der Schweiz waren nur noch zwei grosse Prüfstellen (Qualitas AG Zug; Qualitas AG Zollikofen) für die laboranalytische Untersuchungen von Milchproben im Rahmen der öffentlichrechtlichen Qualitätskontrolle zugelassen. Aus diesem Grund wurde vom Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen mit Wirkung 1. Januar 2007 die Qualitas AG in Zug mit der Untersuchung der liechtensteinischen Qualitätskontrollproben beauftragt.

Im Jahr 2007 wurden im Zuge von 14 Probenerhebungen insgesamt 843 Milchproben zur Beurteilung der Produzenten-Milchqualität analysiert. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Beanstandungen im Vergleich zum Vorjahr (Zahlen in Klammern):



Kontrollparameter	Gesamtzahl beurteilter Proben 2007	Beanstandete Proben 2007
Keimbelastung	843	13 (9)
Zellzahl	843	58 (58)
Hemmstoff	843	0 (0)
Gefrierpunkt	843	39 (28)

### Milchhygienekontrollen

In 26 Milch produzierenden Landwirtschaftsbetrieben wurden Milchhygienekontrollen durchgeführt. Die nachstehende Tabelle gibt im Vergleich zum Vorjahr (Zahlen in Klammern) Aufschluss über die häufigsten Mängel:

Kontrollbereich	Prozentsatz Beanstandungen
Aufzeichnungen / Dokumente	76 (66)
Milchbehandlung / Lagerung	84 (55)
Reinigung / Entkeimung	46 (44)
Milchgewinnung	27
Tierhaltung / Tiergesundheit/	15
Arzneimiteleinsetz	69

Die Untersuchung von 10 Milchproben im Rahmen des schweizerischen Fremdstoff-Monitoringprogramms ergab ausschliesslich einwandfreie Resultate.

## KOMMISSIONEN

### Leistungskommission

**Vorsitz: Dr. Kornelia Vallaster, Amt für Gesundheit**

#### Arbeitsschwerpunkte

Im Jahre 2007 fanden zwei ordentliche Sitzungen der Leistungskommission statt. Dabei befasste sich die Leistungskommission mit folgenden Themen:

- Überprüfung des Leistungskataloges hinsichtlich Übernahme verschiedener Leistungen in die Vergütungspflicht im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (digitale Volumetomographie im Bereich der Radiologie, Medikament Elevit, Impfung gegen humane Papillomaviren, Vorsorge neu)
- Überprüfung des Leistungskataloges hinsichtlich der Verlängerung der befristeten Leistung «Sekundärprophylaxe nach koronaren Ereignissen» (AGAKAR)
- Überprüfung des Leistungskataloges hinsichtlich Einschränkung von psychotherapeutischen Leistungen durch Fachärzte bzw. nichtärztliche Psychotherapeuten

Die Empfehlungen der Leistungskommission an die Regierung, insbesondere betreffend Übernahme neuer Leistungen und der Verlängerung der befristeten Leistung

AGAKAR fanden Eingang in die Verordnung vom 04. Dezember 2007 (LGBl. 2007, Nr. 317) betreffend die Abänderung der Verordnung zum Gesetz über die Krankenversicherung. Betreffend psychotherapeutischer Leistungen sollen noch Ergebnisse von wissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Thema in der Schweiz abgewartet, und die Frage soll zu einem späteren Zeitpunkt erneut diskutiert werden.

### Kosten- und Qualitätskommission

**Vorsitzender: Dr. Hansjörg Marxer**

Die KQK hat sich in ihrer neuen Zusammensetzung am 11. Mai 2007 konstituiert. Die KQK traf sich im Berichtsjahr zu sechs Sitzungen. Dabei wurden folgende Themen bearbeitet:

- Kostenziel 2007/2008 (Empfehlung der KQK 2006)
- Organisation, Arbeitskonzepte
- Gesundheitsdaten 2004-2006
- Halbjahresdaten 2007
- Positionspapiere der KQK 2006
- Qualität und Interpretationsgrundlagen der vorhandenen Gesundheitsstatistik
- Zukünftige Struktur und Analyse der Daten aus dem Datenpool
- Kostenmonitoring FL CH
- Vergleichbarkeit von Gesundheitskosten FL CH
- Schlussbericht des IT-Audits des LKV-Datenpools
- Qualitätsstandards

Empfehlungen der KQK an die Regierung:

- Kostenziel 2007/2008
- Kostenmonitoring im Rahmen der Publikation des BAG
- Antrag für eine Studie zur Erarbeitung von datenmäßigen Grundlagen für das Kostenmonitoring sowie für die Festlegung von Kostenzielen.

## Sanitätskommission

**Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Martin Meyer**

Die Sanitätskommission hat sich im Jahr 2007 zu sechs Sitzungen getroffen. Es wurden folgende Themen behandelt:

- Verabschiedung einer Stellungnahme zur Schaffung eines Gesetzes über den Nichtraucherschutz und die Tabakprävention;
- Vernehmlassungsbericht betreffend die Abänderung des Ärztegesetzes sowie des Gesetzes über das Veterinärwesen;
- Stellungnahmen zu Bedarfsplanungen;
- Regulierungsmassnahmen für Betriebe der Gesundheitspflege;
- Notfallkonzept;
- Tarifsicherheit, Teuerung;
- Weiterentwicklung Gesundheitssystem;
- Zukunft der Sanitätskommission

## Schulzahnpflegekommission

**Vorsitzender: Dr. Stefan Büchel**

*Die anfallenden Kosten in der Schulzahnpflege sind für konservierende Behandlungen stabil, für kieferorthopädische Behandlung gestiegen. Gründe für diesen Anstieg sollen von der Schulzahnpflegekommission untersucht, und die weitere Entwicklung beobachtet werden.*

*Die Schulzahnpflege wurde neu ins Amt für Gesundheit überführt. Der administrative Ablauf konnte vorläufig beibehalten werden. Im Rahmen einer Gesetzesrevision werden sowohl administrative wie auch inhaltliche Neuorientierung der Schulzahnpflege diskutiert und vorgeschlagen.*

### Abrechnungsstatistik

#### Konservierende Behandlungen (in Klammern die Vergleichszahlen vom Vorjahr)

Im Berichtsjahr 2007 wurden 4356 (4452) Schüler für konservierende Behandlungen abgerechnet. Bei Gesamtkosten von CHF 788 473 (823 829) ergibt dies durchschnittliche Fallkosten von CHF 181 (185). Die Hälfte der aufgeführten Kosten wird vom Land übernommen.

Zur Beurteilung der Kostenentwicklung sind hier die Gesamtkosten und die durchschnittlichen Fallkosten pro Patient der letzten Jahre (in CHF) aufgelistet:

2007	788 473	181
2006	823 829	185
2005	777 387	180
2004	863 854	194

Wie in den letzten Jahren belegen die Zahlen weiterhin, dass sich die durchschnittlichen Fallkosten auf einem sehr gleichmässigen Niveau halten.

Durch weitere Intensivierung der prophylaktischen Tätigkeit in der Schulzahnpflege könnte der reparative Anteil wahrscheinlich gesenkt, somit die Zahngesundheit der Schüler weiter verbessert werden.

#### Kieferorthopädische Behandlungen (in Klammern die Vergleichszahlen für das Vorjahr)

Im Berichtsjahr wurden 1991 (1893) Patienten für kieferorthopädische Behandlung abgerechnet. Bei Gesamtkosten von CHF 1 381 239 (1 278 304) ergibt dies durchschnittliche Fallkosten von CHF 694 (675). Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine weitere Kostensteigerung von ca. 8% bei einer Zunahme der Anzahl behandelter Kinder von 5,2%.

Auch hier sind zum Vergleich die Kosten in den vergangenen Jahren aufgelistet:

2007	1 381 239	694
2006	1 278 304	675
2005	1 094 207	592
2004	1 098 812	592

Dieses Kostenwachstum widerspiegelt – wie schon vor einem Jahr bemerkt – somit, die sich entwickelnde «Marktlage», nämlich steigende Behandlungsansprüche bei gleichzeitig zunehmendem Behandlungsangebot. Vor diesem Hintergrund befasst sich die Schulzahnpflegekommission mit Überlegungen zur Erarbeitung eines Behandlungskatalogs mit entsprechenden Kontrollmechanismen, der «notwendige» von «individuell gewünschten, aber nicht zwingenden» Behandlungskriterien unterscheiden soll. Auch die hier aufgeführten Kosten für kieferorthopädische Behandlungen werden hälftig vom Land übernommen.

## Weindegustationskommission

**Vorsitz Theodor Temperli**

*2007 ist die Weindegustationskommission (WDK) erstmals ihrer praktischen Bestimmung nachgekommen und hat zwei offizielle Weinbeurteilungen durchgeführt. Als Ergebnis wurden die ersten Liechtensteiner Weine – insgesamt vier – mit dem höchsten Qualitätsprädikat „Grand Cru Liechtenstein“ ausgezeichnet*

Folgende Weine wurden ausgezeichnet:

- «Balzner Blauburgunder Barrique 2005» der Winzer Marco und Ewald mit 92 Punkten;
- Vaduzer Pinot Noir Herawingert AOC «Sélection Liechtenstein» 2005 Barrique, Hofkellerei Vaduz mit 88 Punkten;

- Vaduzer Pinot Noir Herawingert Bocker AOC «Sélection Liechtenstein» 2005 Barrique, Hofkellerei Vaduz mit 87 Punkten;
  - Vaduzer Pinot Blanc Abtswingert AOC «Auslese Liechtenstein» 2005, Harry Zech Weinbau mit 85 Punkten.
- Somit konnte das ALKVW im ersten Jahr der offiziellen Weinbeurteilung durch die WDK vier Liechtensteiner Weine mit dem höchsten Qualitätsprädikat «Grand Cru Liechtenstein» auszeichnen.

## STIFTUNG

### Liechtensteinisches Landesspital

**Präsident: Thomas Büchel**

**Verwaltungsdirektor: Walter Marxer**

*Im Jahr 2007 wurden wichtige Schritte zur Zukunftssicherung und zur Verbesserung des Angebots des Liechtensteinischen Landesspitals unternommen. In Zusammenarbeit mit der Regierung wurde der Leistungsauftrag neu formuliert. Im Weiteren wurden die Umsetzung des Qualitätssicherungssystems fortgeführt, ein neues Patienten-Management-System evaluiert sowie ein Konzept zur Verstärkung des Notfallbereichs erarbeitet. Schliesslich konnte auch die regionale Zusammenarbeit verstärkt werden.*

#### Qualitätssicherung und Patienten-Management-System (PMS)

In der Qualitätssicherung wurde die im Jahr 2006 eingeleitete Umsetzungsphase so weit fortgeführt, dass 2008 die Abnahme des Systems durch unabhängige Audits durchgeführt werden kann. Im Berichtsjahr wurde zudem die Einführung des neuen PMS-Medfolio vorbereitet. Es handelt sich um eine Software, mit der die Krankengeschichten künftig elektronisch erfasst werden können. Sie baut auf dem bisher verwendeten System auf und ist identisch mit dem vom Kanton St. Gallen verwendeten PMS. Dies erleichtert die künftige regionale Zusammenarbeit.

#### Neues Notfall-Konzept

Nachdem die im Landesspital behandelten Notfälle in den Jahren 2005 (+9,7%) und 2006 (+7,5%) stark zugenommen hatten, musste 2007 ein neues Konzept zur effizienteren Abwicklung entwickelt werden. Bereits 2006 ist die Zahl der vom Landesspital angestellten Ärzte, die u.a. für die Versorgung von Notfällen zuständig sind, auf acht aufgestockt worden. Das neue Notfall-Konzept bringt nun zusätzliche Verbesserungen im Radiologie-Angebot. Die Umsetzung des Konzepts ist für 2008 vor-

gesehen.

#### Zusätzliches Leistungsangebot

Dank einem Zusammenarbeitsvertrag mit dem Tumorzentrum ZeTuP in St. Gallen ist es dem Landesspital seit dem Frühjahr 2007 möglich, regelmässige Beratungen für Krebspatienten anzubieten. Betreut werden Personen mit bereits bekannten bzw. verdächtigen Tumor- und Blutkrankheiten oder solche mit Rückfällen ihres Krebsleidens. Sie können auf die fachliche Kompetenz eines erfahrenen Ärzte- und Pflegeteams sowie auf persönliche Zuwendung zählen. Die Zuweisung zur Sprechstunde am Landesspital erfolgt über den Hausarzt.

Eine weitere Verbesserung im Dienstleistungsangebot an die Hausärzte und Patienten ist die regelmässige Möglichkeit zur Diagnose von Osteoporose-Erkrankungen. Das neue Angebot wird dank der Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft Osteoporose ermöglicht, die dafür ihr fahrbares Untersuchungszimmer «Osteomobil» sowie geschultes Personal zur Verfügung stellt.

#### Öffentlichkeitsarbeit

Zum ersten Mal hat das Landesspital am Nationalen Spitaltag des schweizerischen Verbandes H+ teilgenommen, bei dem auch das Landesspital Mitglied ist. Thema des Tages war die volkswirtschaftliche Bedeutung des Spitalwesens. Da der Nationale Spitaltag auf einen liechtensteinischen Feiertag fiel, wurde auf eine Veranstaltung verzichtet und die Bevölkerung stattdessen durch eine Medienkonferenz und einen Flyer, welcher an alle Haushaltungen übermittelt worden ist, informiert. Im Flyer wurden Kerndaten aus der volkswirtschaftlichen Studie erläutert, welche die Regierung als Basis für weitere Entscheide über die Zukunft des Landesspitals in Auftrag gegeben hatte.

#### Zukunft des Landesspitals

Die schon in früheren Jahren geführten Gespräche mit der Regierung über die Zukunft des Landesspitals wurden fortgeführt. Eine Arbeitsgruppe der Regierung, in der auch das Landesspital vertreten war, hat den bestehenden Leistungsauftrag neu formuliert und an die künftigen Anforderungen der Gesundheitsversorgung angepasst. Im Weiteren wurden alle drei Fraktionen des Landtags zu einem Besuch und zu einem Gespräch über die aktuelle Situation eingeladen und über Zukunftsfragen, insbesondere über die dringende Notwendigkeit eines Spitalneubaus, informiert. Im Rahmen einer Interpellationsbeantwortung hat die Regierung im Landtag ihre Haltung zum Landesspital dargelegt.

#### Regionale Zusammenarbeit

Nach ersten gemeinsamen Projekten mit der Spitalregion Rheintal-Sargans-Werdenberg (SRRSW) im Jahr 2006 konnte die regionale Kooperation im Berichtsjahr auf eine vertragliche Basis gestellt werden. Schwerpunkte der Zusammenarbeit bilden vorerst die Bereiche

## GESUNDHEIT

- 256 I Radiologie, Materialbewirtschaftung und Weiterbildung.  
Im Weiteren wurde mit dem schweizerischen Branchenverband der Krankenversicherer «santésuisse» und dem Gesundheitsdepartement des Kantons St. Gallen ein Tarifvertrag ausgehandelt, der künftig die Aufnahme von Patienten aus dem Kanton St. Gallen am Landesspital ermöglicht. Vereinbart ist eine zweijährige Projektphase.